

Schuldbrief seien weder Verwertungs- noch Verwaltungskosten für denselben; nicht der Faustpfandgläubiger, sondern der Inhaber des Schuldbriefs sei Steuerschuldner, und ein gesetzliches Pfandrecht des Gemeinwesens am Schuldbrief bestehe nicht. Bei einer Betreibung auf Faustpfandverwertung hätte also der Faustpfandgläubiger die Kapitalsteuer auch nicht zu tragen, sondern der Briefinhaber, an dessen Stelle somit hier die Konkursmasse. Die Steuerschuld als Massaschuld im weiteren Sinne sei vorab zu decken, aus dem Pfanderlös aber selbst dann nicht, wenn, wie hier, gerade die Pfandsache das Steuerobjekt bilde, auch nicht wenn die pfandfreie Konkursmasse zur Deckung der Steuerschuld nicht ausreiche; andernfalls würde dem Gemeinwesen eine gesetzlich nirgends vorgesehene Vorrangstellung vor den Pfandgläubigern eingeräumt und ermöglicht, dass ein Konkurs auf Kosten der Pfandgläubiger durchgeführt werden könnte, was gegen Wortlaut und Sinn der Art. 232 Ziff. 4 und 262 Abs. 2 SchKG verstiesse.

C. — Hiegegen rekurriert der Konkursverwalter mit dem Antrag auf Wiederherstellung der Verteilungsliste.

*Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
zieht in Erwägung:*

Der angefochtene Entscheid ist unter Hinweis auf die in allen Teilen zutreffenden Erwägungen der Vorinstanz zu bestätigen. Der Umstand, dass Steuern nicht von der Konkursverwaltung eingegangene, sondern ohne ihr Zutun das Massevermögen belastende Verbindlichkeiten sind, hindert nicht ihre Anerkennung und Behandlung als Masseverbindlichkeiten, welche durch die positive Vorschrift des Art. 130 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 66 Abs. 4 VZG für die Handänderungssteuer ausdrücklich vorgesehen ist (BGE 51 III 213). Der Einwand des Rekurrenten, was eine wirkliche Massaschuld sei, müsse nach für die ganze Schweiz gültigen Kriterien bestimmt werden, geht fehl. Der soeben genannte Grundsatz ist bundes-

rechtlich, nämlich eine Auslegung des Art. 262 Abs. 1 SchKG. Es ist keine Rede davon, dass der Kanton « irgend eine Kategorie von Forderungen herausgreifen und diese als Massaschulden bezeichnen » würde; der Kanton stellt lediglich seinen Steueranspruch fest. Im Gegenteil würde das Begehren des Rekurrenten, die Verlegung der Steuern ausschliesslich auf den besteuerten Pfandgegenstand, eine kantonale Vorschrift über ein gesetzliches Pfandrecht für Steuerforderungen voraussetzen, das jedoch nicht besteht.

Unter « Verwaltung » des Pfandes versteht das Gesetz nur die auf die Erhaltung der Substanz gerichteten Massnahmen (Unterhalt, Reparaturen, Bewachung u. dgl., BGE 58 III 7). Der Umstand, dass die Steuerforderung durch die blosse Existenz des Steuerobjekts in der Masse entsteht, stempelt sie nicht zu einer Verwaltungsausgabe. Die Unterlassung der Bezahlung der Objektsteuer wirkt sich nicht zum Nachteil der Substanz des Objekts aus, wie etwa die Unterlassung einer Reparatur; denn das die Steuerforderung exequierende Gemeinwesen kann ebenfalls nur auf das allgemeine Vermögen des Steuerschuldners, nicht aber auf Kosten der Pfandgläubiger auf das Steuerobjekt greifen. Die Kurrentgläubiger müssen also auch in diesem Falle mit dem Steuergläubiger konkurrieren ohne Rücksicht darauf, dass die Steuerforderung ein gar nicht der Kurrentmasse angehörendes Steuerobjekt betrifft.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer:

Der Rekurs wird abgewiesen.

40. Entscheid vom 14. September 1936 i. S. Gutzwiller.

Der unbeschränkt haftende Teilhaber einer im Konkurse befindlichen Kommanditgesellschaft, über den selber ein Konkursverfahren eröffnet und (mangels Aktiven gemäss Art. 230 SchKG) geschlossen worden ist, kann nicht gemäss Art. 40 SchKG auf Grund des früheren Eintrages im Handelsregister neuerdings auf Konkurs betrieben werden.

Die Hängigkeit eines Nachlassbegehrens der Gesellschaft im Konkurse (Art. 317 SchKG) hindert die Anhebung und Fortsetzung von Betreibungen gegen den Teilhaber nicht.

Lorsque la faillite d'un associé indéfiniment responsable d'une société en commandite elle-même en faillite a été clôturée (en l'espèce pour défaut d'actif, art. 230 LP), on ne peut invoquer l'article 40 LP et se baser sur l'ancienne inscription au registre du commerce pour poursuivre une seconde fois cet associé par la voie de la faillite.

La demande de concordat de la société en faillite (art. 317 LP) ne met pas obstacle à ce que des poursuites soient introduites et continuées contre l'associé.

Il socio illimitatamente responsabile di una società in accomandita dichiarata in fallimento, contro il quale venne pure iniziata una procedura fallimentare conclusasi, in conformità dell'art. 230 LEF, per mancanza di beni, non può essere escusso nuovamente in via di fallimento in forza dell'art. 40 LEF e della vecchia iscrizione nel registro di commercio.

La proposta di concordato della società fallita non ostacola l'inizio e la continuazione d'esecuzioni contro il socio.

Am 26. September 1935 wurde sowohl über die Kommanditgesellschaft Gutzwiller & C^{te} in Liq. wie auch über deren unbeschränkt haftenden Teilhaber Leo Gutzwiller-Etter der Konkurs eröffnet. Der Gesellschaftskonkurs ist noch hängig, das Verfahren gegen Leo Gutzwiller-Etter dagegen wurde bereits am 6. November 1935 mangels Aktiven eingestellt. Zur Zeit sind gegen ihn mehrere neue Betreibungen hängig, in denen das Betreibungsamt am 22. April bzw. 12. Mai 1936 die Pfändung vollzogen hat. Mit Beschwerde vom 10. Juli 1936 verlangt er Aufhebung dieser Pfändungen, weil er kraft der zwingenden Bestimmung von Art. 40 SchKG bis nach Ablauf von sechs Monaten nach bekanntgemachtem Schluss des Gesellschaftskonkurses noch auf Konkurs betrieben werden müsse. Von den kantonalen Beschwerdeinstanzen, der obern mit Entscheid vom 10. August 1936, abgewiesen, hält er mit dem vorliegenden Rekurs an das Bundesgericht am Beschwerdeantrage fest. Er beruft sich nun auch darauf, dass die Gesellschaft im Konkurse einen Nachlassvertrag anstrebt. Der den Nachlassvertrag mangels hin-

reichender Summenmehrheit verwerfende Entscheid der Nachlassbehörde vom 21. August 1936 ist nach den Angaben des Rekurrenten am 5. September zugestellt worden und unterliegt noch der Weiterziehung.

*Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
zieht in Erwägung :*

1. — Es steht fest, dass über den Rekurrenten selber am nämlichen Tage wie über die Gesellschaft der Konkurs eröffnet und in der Folge gemäss Art. 230 SchKG geschlossen, also nicht etwa widerrufen worden war (vgl. JAEGER, zu Art. 230, N. 9). Die Vorschrift des Art. 40 SchKG hat hinsichtlich des Teilhabers aber nur zum Zweck, den Gläubigern der Gesellschaft wie auch den Privatgläubigern binnen einer bestimmten Frist nach Streichung im Handelsregister und Bekanntmachung der Löschung die bis dahin auf Grund des Registereintrages zulässige Konkursbetreibung gegen ihn weiterhin zu ermöglichen. Wird der Konkurs über den Teilhaber irgendwann binnen der Frist, sei es auch zu Beginn derselben, oder sogar schon vorher, eröffnet, so ist jener Zweck der konkurstmässigen Liquidation seines Vermögens erfüllt, und es ist nach Beendigung eines solchen Konkurses kein Raum mehr für weitere Konkursbetreibungen, sofern er sich nicht etwa neuerdings in einer der nach Art. 39 SchKG in Betracht fallenden Eigenschaften in das Handelsregister hat eintragen lassen. Hier ist davon nicht die Rede. Aus dem früheren Eintrag in das Handelsregister als Teilhaber der Gesellschaft lässt sich aber, wie dargetan, gegen die Pfändungen nichts herleiten.

2. — Auch die Hängigkeit eines Nachlassbegehrens der Gesellschaft im Konkurse stand der Fortsetzung der gegen den Rekurrenten angehobenen Betreibungen nicht entgegen, soweit sich diese überhaupt auf Gesellschaftsschulden beziehen. Allerdings ist einmal entschieden worden, dass mit der Bestätigung und Erfüllung des von der Gesellschaft angestrebten Nachlassvertrages nicht nur die

Gesellschaft, sondern auch der subsidiär mit seinem ganzen Vermögen haftende Teilhaber frei werde (BGE 45 II 299 ff.). Ob daran bei nochmaliger Prüfung festgehalten werden könnte, braucht jedoch hier nicht geprüft zu werden. Denn die Hängigkeit eines solchen Begehrens hat keinen Rechtsstillstand für den Teilhaber zur Folge, und der Rekurrent, der gerade darauf ausgeht, die freie Verfügungsgewalt über eine gepfändete Forderung wiederzuerlangen, hat auch nicht etwa für sich Nachlassstundung nachgesucht und erhalten.

Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer :

Der Rekurs wird abgewiesen.

41. Arrêt du 22 septembre 1936

dans la cause **Etat bulgare et cons.**

Les actes de poursuite qui ne désignent pas d'une manière claire et non équivoque la personne du créancier sont nuls et leur nullité peut être prononcée en tout temps.

Betreibungsurkunden, in denen die Person des Gläubigers nicht klar und unzweideutig angegeben ist, sind nichtig ; ihre Nichtigkeit kann jederzeit erklärt werden.

Gli atti d'esecuzione che non indicano la persona del creditore in modo chiaro e non equivoco sono nulli e la loro nullità può essere pronunciata a qualsiasi momento.

Le 30 juin 1936, l'Autorité de surveillance du Canton de Genève a été saisie des quatre recours suivants :

1) un recours de l'Etat bulgare, demandant l'annulation du séquestre n° 80 exécuté à son préjudice le 1^{er} avril 1935 à la requête de José Tager à Lyon, ainsi que du commandement de payer n° 36377 notifié à la suite de ce séquestre le 29 avril 1935 ;

2) un recours de la Banque Nationale de Bulgarie demandant l'annulation du séquestre n° 200, exécuté le 31 juillet 1935 à la requête du même créancier, ainsi que du commandement de payer n° 62250 notifié le 13 août ;

3) un recours de la Ville de Sofia tendant à l'annulation du séquestre n° 201, exécuté le 31 juillet 1935 à la requête du même créancier, ainsi que du commandement de payer n° 62249 notifié le 13 août suivant ;

4) un recours de l'Etat bulgare et la Banque de Bulgarie tendant à l'annulation du séquestre n° 217, du 15 août 1935, exécuté à la requête du même créancier, ainsi que du commandement de payer n° 69813 notifié le 23 septembre 1935.

Les recourants font valoir que le créancier poursuivant, José Tager, est une personne inexistante et que le véritable nom du créancier serait Jossim Alcalay. La poursuite, faite au nom d'une personne inexistante et n'ayant ainsi aucune légitimation active, est dès lors absolument nulle.

L'Autorité de surveillance a joint ces quatre plaintes et, par décision du 15 août 1936, les a rejetées comme non fondées. Elle constate que le nom de José Tager, qui figure sur les actes de poursuite, n'est pas celui d'une personne inexistante, comme le prétendent les recourants, mais l'un des noms portés par Jossim Alcalay. Les poursuites étant notifiées au nom d'une personne réelle, dont il n'appartient pas à l'Autorité de surveillance de décider quel est l'état civil exact, il n'existe aucune ambiguïté dans la personne du créancier et les poursuites sont ainsi régulières.

Les recourants ont formé en temps utile un recours au Tribunal fédéral.

Considérant en droit :

D'après la jurisprudence du Tribunal fédéral, une poursuite introduite au nom d'une personne inexistante est nulle et sa nullité peut être prononcée d'office en tout temps. Il en est de même d'une poursuite qui ne désigne pas d'une manière claire et non équivoque la personne du créancier, car le débiteur a un intérêt éminent à connaître d'une manière précise la personne du créancier poursuivant pour savoir s'il a des exceptions à lui opposer.

En l'espèce, on ne peut admettre la manière de voir des